

Hier sollte vierteljährlich bei postmaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anstandslos zu bestellen sein. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für Anzeigen eingetragene Nummern sind keine Gebühren übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Bl.“ gestattet.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Hr. 176; der Annoncen-Abteilung Hr. 1153.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 spätere Monatshefte über deren Raum mit 80 Pf., welche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in anderen Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bestellen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich neunmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck- & Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauanlage 17; Bezugspreis: Markt 24.

Unstimmigkeiten in der Strafrechtskommission

(Eigener Bericht)

SS Berlin, 5. April.

Im Reichsjustizamt hielt heute die neue Strafrechtskommission ihre erste Sitzung ab. Ihre Aufgabe ist es, auf Grund des 1909 verabschiedeten Vorentwurfs eines Strafgesetzbuchs einen verbesserten Entwurf auszuarbeiten.

Es ist nicht sehr erfreulich, wenn man feststellen muß, daß auch in dieser neuen Kommission die streng konservativen Elemente die Mehrheit und die Macht haben. Es ist bezeichnend, wie viele Worte noch nötig sind, selbst in einer solchen Versammlung bedeutender tüchtiger Männer, über Dinge, die dem modernen Kriminalisten eigentlich schon in Fleisch und Blut übergegangen sein sollten.

Die Strafe kann nicht, zum mindesten nicht lediglich den Zweck haben, die Gesellschaft, die „Guten und Gerechten“ an dem Rechtsbrecher zu rächen. Diese Erkenntnis hat trotz aller „historischen“ Gegenbeweise der Strafrechtswissenschaften und Bücherwörter ihren siegreichen Einzug in die wissenschaftlichen, praktischen und politischen Betrachtungen über die Strafrechtsreform gefunden.

Wir verlangen, daß unsere ethischen und praktischen Anschauungen, von denen wir behaupten, daß sie die Anschauungen des deutschen Volkes von heute sind, hineinkommen in unser neues Strafgesetzbuch; und wir sind darin auch einig mit den gemäßigten Vertretern der klassischen Schule.

leider die Befürchtung, daß die Strafrechtsreform an solchen „förmlichen“ Forderungen scheitern oder an ihnen — vorbeigeht. Damit soll nicht gemeint sein, daß die Forderungen der neuen Kommission gelöst sind, sondern nur angedeutet werden, daß ihre erdrückende Mehrheit das Befehende verteidigt und sich gegen dessen Umwertung innerlich sträubt.

Die Etatsberatung im Hause der preussischen Herren.

Herrenhaus.

Präsident Fehr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Justiz zu Wied hat dem Herrenhause eine Bülle seines verstorbenen Vaters, des ehemaligen Herrenhauspräsidenten, zum Geschenk gemacht. Sie hat im Sitzungssaal Aufstellung gefunden.

Der Minister des Etats ist aus weiteren Reihen hervorgegangen. Wir beglücken ihn mit großer Genugtuung und vollem Vertrauen, um so mehr, als er an den bewährten Grundrissen seines Amtsvorgängers festhält und verstehen hat, die Verwaltung in seinen Geistes zu führen.

Der Minister des Etats ist aus weiteren Reihen hervorgegangen. Wir beglücken ihn mit großer Genugtuung und vollem Vertrauen, um so mehr, als er an den bewährten Grundrissen seines Amtsvorgängers festhält und verstehen hat, die Verwaltung in seinen Geistes zu führen.

Sege gegen Preußen

führt, haben wir ja in Moschitz und am Wedding gesehen. Aber noch beklagenswerter ist, daß sich Leute finden, die die notwendige Abwehr des Staates gegen die Hebergriffe darstellen als Angriff auf Staat und heimliche Staatsverrat.

finanzminister Dr. Lentze:

Den klaren und erspöndlichen Ausführungen des Berichterstatters habe ich eigentlich nur noch wenige hinzuzufügen. Dank der Besserung der wirtschaftlichen Lage zeigt der diesjährige Etatsetz ein ganz wesentlich anderes Bild als der Etatsetz der vergangenen Jahre.

in den Etat eingestuft werden, und dabei konnten die Einnahmen ganz erheblich. Das war eine Belastung, die selbst der preussische Etat nicht gut vertragen konnte. Er schloß infolgedessen mit ganz erheblichen Fehlbeträgen ab.

Weise sei, ob es uns gelingen wird, in Zukunft diese Fehlbeträge zu beseitigen, denn zu einer ganzen Reihe von Ausgaben sind wir gezwungen. Die neue Reichsverfassungs- und Reichsgesetzgebung wird die Einnahmen der preussischen Staatskasse erheblich vermindern.

Die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung sind ja nun ganz riesenhaft gestiegen. Aber der Aufwandsfonds beansprucht einen erheblichen Teil der Einnahmen, so daß wir nicht mehr auf die hohen Eisenbahneinnahmen für die allgemeinen Staatsausgaben so sehr rechnen können.

Der Minister kommt auf die im Abgeordnetenhaus angenommene Resolution auf Befreiung der Eisenbahnaffilierten zu sprechen. Die Regierung hat eine wohlwollende Prüfung dieser Resolution im Abgeordnetenhaus angelehnt, und zwar nach der Richtung hin, so es möglich ist, nicht allen Eisenbahnaffilierten, aber einzelnen, bei denen sich die Härten besonders fühlbar machen, in besonderer Weise eine Vergütung zu geben, um die größten Härten zu beseitigen.

Die Minister kommen dann auf die zuletzt beschlossenen Zusätze zur Einkommensteuer zu sprechen. Zu welcher Arbeit das neue Steuerrecht ausgeführt werden soll, darüber bin ich mir selbst noch im Unklaren.

in einer anderen Form in das Gesetz hineinzuarbeiten, aber erlassen können sie leider nicht werden, wenn die preussischen Staatsfinanzen gelinde bleiben sollen. (Beifall.)

Landeshauptmann v. Dziembowski: Wir haben das Bild wohlgeordneter Staatsfinanzen. In der Kontinuität der Aufrechterhaltung der Staatsfinanzen hat die Staatserhaltung das Hauptverdienst, dessen unumwundene Anerkennung ich hier im Antrage meiner politischen Freunde (der Rechten) zum Ausdruck bringe.

Die Antragsteller sprechen ihre Genugtuung aus über die Stellungnahme des Reichsanwalters zur Reichsfinanzreform in der Reichstagsitzung vom 30. März. Mit Rücksicht auf die Verhandlung vom 24. März im preussischen Abgeordnetenhaus verzichteten die Antragsteller zurzeit auf eine Beratung ihres Antrages.

Zur Erläuterung nur sehr wenige Worte: Der Antrag hat doch schon eine gewisse Bedeutung durch die große Zahl — über hundert — Mitglieder dieses hohen Hauses, welche ihn unterstützt haben. Der Antrag sollte im Sinne der Antragsteller — das ergibt auch die Begründung und der Antrag selbst — das politische Gebiet vornehmlich betreffen.

200 Millionen Mark für Befoldungs-, Lohn- und Pensionserhöhung in den Etat eingestuft werden, und dabei konnten die Einnahmen ganz erheblich. Das war eine Belastung, die selbst der preussische Etat nicht gut vertragen konnte.

stehen Parteien herbeigeführt werden. Eine solche Annäherung ist aber nach meiner Überzeugung doch sehr viel leichter, wenn in den großen Massen auch die dieselben Dingen getrieben sind und eine vollkommen genaue Kenntnis über die Wahrheit auf diesem Gebiete besteht. (Sehr richtig!) Die politischen Kämpfe können ja ruhig fortgehen, aber wenn die Wähler die Wahrheit verliert, ist es ein Kampf mit berechneten Waffen. Kämpfe auf Grund entleerter Zahlen und Ziffern, das nennt man einen Kampf mit vergifteten Waffen. Der ist verhängnisvoll für alle Parteien und kommt nur dem Radikalismus zugute. In diesem Sinne war der Antrag gestellt.

Der Reichstag wies auf die großen Gefahren hin, die in der Beeinflussung des Volksempfindens durch unverständliche wörtliche Freizeidreibungen liegen. Es ist erstreblich, daß er diesen Sach sehr betont und unterstreicht hat. Gerade in Deutschland sind die Verhältnisse auf diesem Gebiet überaus ungünstig. Sowohl unsere heimische deutsche Presse wie auch die Presse des Auslandes vertritt deutsche Interessen, politische, wirtschaftliche absolut nicht, eher das Gegenteil. Dem Jüdischen Bismarck haben ja aus einem Fonds, den ich nicht zu nennen brauche, sehr große Geldmittel zur Verfügung zur Herstellung unserer Interessen, unsere wirtschaftlichen Interessen im Ausland. Bismarck machte davon einen ausgiebigen Gebrauch, und zwar mit allerbesten Erfolge. Heute sind diese Fonds vollkommen ungenügend, und wenn ich informiert bin, haben sie auch die letzten Beschlüsse des Reichstages noch mehr infiziert als es bisher der Fall war. Der Reichstag muß nach dieser Richtung mehr fortden und mehr erlangen. Der Redner verliest einen Privatbrief eines höheren Beamten, der längere Zeit im Auslande war, über den Einfluß der Blätter, die man auf jeder Eisenbahnstation und in jedem Lokal findet. Es heißt darin: In geschäftl. vorbereiteten englischen Zeitungen werden die englischen Interessen überaus wirksam vertreten. Ein gewisses französisches Blatt vertritt es, die angeblich erstklassige Kultur und den Kunstgeschmack des französischen Volkes dem Auslande vorzuführen und zugleich das deutsche Reich durch tendenziöse Entstellung der Zustände in Berlin und den Reichsländern in der Meinung eines jeden über den ganzen Erdkreis verbreitete Fehler herbeizuführen. Selbst italienische Zeitungen leisten, allerdings nur Teil unter französischem Einfluß, die gleiche Aufgabe in geschäftl. Weise. Ich habe in zahlreichen ausländischen Zeitungen, die ich auf meiner Reise lese, auch nicht eine einzige gefunden, die uns eine einzige Anerkennung hätte zuteil werden lassen, wohl aber eine Unmenge von tendenziösen Entstellungen und irrtümlichen Auffassungen hervorgerufen sich bemühen. Nicht in letzter Reihe heißt auch

#### Die Hege des politischen Freiwillemes in Paris.

Sie hat politische Geschehnisse in Frankreich, England und Nordamerika. Dieser Agitation sieht die große Masse der gebildeten Deutschen gleichgültig gegenüber. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Frage unserer Interessenerweiterung in der ausländischen Presse bei Gelegenheit der Staatsberatung im Reichstage oder auch im Herrenhaushalt gegenwärtig eingehender Erörterung gemacht wird. — Graf Mirbach fährt fort: Ich habe diesem Wünsche entsprochen. Eine solche Arbeit durch die inländische Presse und auch in der ausländischen Presse ist sehr wichtig mit der Aufrechterhaltung unserer notwendigen Rüstungen. Nebenbei habe ich auch den Wunsch, daß auch auf anderen Gebieten, in Bezug auf die politische Erziehung unserer Bevölkerung — ich meine nicht in politischer Richtung — die Presse stärker wäre bei uns zur Erhaltung des nationalen Sinnes im Gegenfalle der radikalen Bewegung, die durch unsere Presse herbeigeführt wird.

Daß die Gesundheit der Finanzen des Deutschen Reiches nicht nur den Einfluß Deutschlands im Auslande verfehrt hat, sondern auch bei uns wirtschaftliche Aufschwüme zur Folge haben würde, war vorauszuweisen. Diese Erwartungen haben sich glänzend erfüllt. Ich verweise nur auf den

#### Geschäftsbericht der Deutschen Bank.

für den bei Herrn v. Gumbiner, den wir ja unter uns sehen, nur darüber sein können. Darin heißt es u. a.: Der Kapitalbestand Deutschlands ist allerdings noch nicht so groß wie der Großbritanniens und Frankreichs, aber das deutsche Nationaleinkommen steht in Europa nur dem Englands nach und auch die Ersparnisse haben Zahlen erreicht, an welche die vorherigen Generationen noch nicht gedacht haben. Die Einkünfte bei den deutschen Sparplänen haben sich seit 1875 verdreifacht und betragen jetzt zwischen 15 und 16 Milliarden Mark. Das deutsche Effektivkapital nimmt alljährlich um 3 Milliarden neuer Werte auf, darunter 10 bis 20 Proz. aus dem Auslande. Ein zweiter Stelle, was sehr bemerkenswert ist, kommt Deutschlands Eisenproduktion. Sie ist annähernd so groß wie diejenige Großbritanniens und Frankreichs zusammengekommen. Sie wird allerdings von Nordamerika in normalen Jahren um das Doppelte übertroffen. Das sind doch wichtige Erfolge für unser wirtschaftliches Leben, die nicht unterschätzt werden sollten. An diesem Aufschwung hat

#### die deutsche Landwirtschaft

einen verhältnismäßig nur geringen Anteil genommen. Dadurch, daß sie zu einem sehr intensiven Betriebe überging, mußte sie ohne Rücksicht auf ihre Bodde zu großen Anbauflächen streifen. Sie hat auch die Produktion sehr hoch durch den Anbau industrieller Produkte unterstützt. Demgegenüber ist das Verdienst der Landwirtschaft sehr gering eingewandert. Ausnahmen weil ich allerdings gern anzunehmen, aber hören Sie nur zwei Zahlen, die unanschaulich sind, weil sie aus der amtlichen preussischen Statistik stammen. Es ist bedauerlich, daß sich eine Vereinerung zur Verbesserung aller Gewerbe gebildet hat, der Sanjahnd.

(Widerspruch links.) Ich habe nun gegenwärtigen Reichstagesler gelegentlich eines Besuches, den er mit mehreren als Minister des Innern bestellte, auf seine Frage, ob er eine Beförderung der kognitiven Verhältnisse für möglich halte, geantwortet: Nein, so lange nicht zwei Fragen gelöst sind, einmal die Frage des Zolltarifs und zweitens die Frage des Münzwesens der Komuna als die beste z. n. a. Solange nach dieser Richtung nichts erreicht ist, halte ich eine Gesundung unserer Verhältnisse für ausgeschlossen. Freilich läßt sich auch auf dem Gebiete der inneren Kolonisation manches erreichen, aber nur in Menschenaltern. Wie die Landwirtschaft sehr bedenklich zu machen, ist eine Entlastung auf dem Gebiet der verhängnisvollen direkten Steuern notwendig. Zum Schluß möchte ich noch auf eine interessante Mitteilung verweisen, die ich in der Kreuzzeitung gefunden habe. Danach hat der Freiburger Universitätsprofessor Schuyler-Göbernig eine Rede gehalten, in der sich nach dem Bericht der „Germania“ folgende Stelle findet:

„Neben mit in den Wahlkampf eingetreten sind, wollen wir unsere bisherige Regierung stärken und fügen unter Umständen nach Berlin hin. Wir beschäftigen, mitzuarbeiten an der Verfestigung einer Reichstagsmehrheit der Linken, bei welcher eine partei Sozialdemokratie und des Liberalismus, das Best in die Hände gibt. Dadurch hoffen wir zu wirken auf eine Liberalisierung Preussens, ohne welche eine Liberalisierung Deutschlands unbeschreiblich ist.“

Wie Sie wissen, ist Wedel, der geistige Führer der Sozialdemokratie, schon etwas altersschwach. Er hat in diesem Professorelsche eine berechtigten Nachfolger gefunden, der die Führung der Sozialdemokratie zu übernehmen bereit sein wird. Wenn ein

#### angehender Professor einer Universität

in dieser Weise gegen den leitenden Bundesstaat geht — ich kann keinen anderen Ausdruck dafür gebrauchen —, so hat die Regierung die Verpflichtung, sich mit einem solchen Verstoß zu befassen, denn es handelt sich hier nicht um einen Privatmann, sondern um einen Dolmetschen, der wissen muß, daß die Sozialdemokratie die Vorläuferin für die republikanische Regierungsform ist, während meines Wissens doch Baden ein monarchischer Staat ist. Ich bin tief überzeugt, daß alle Mitglieder dieses hohen Hauses mit dem großen Wert legen auf den Bestand des Deutschen Reiches mit einem starken monarchischen Preußen, dessen Monarchie über den Parteien steht. (Sehr Zustimmung.) Aber nicht in einem demokratisierten Preußen, wo die Sozialdemokratie herrscht. Gegen die Gedanken, die dem Prof. Schuyler als Ideal vorzuschauen, müssen wir auf das Schärfste protestieren. Ich glaube, es ist hohe Zeit, daß eine starke Hand Gebotet dem Aufwärtsgehen auf der höchsten Ebene, auf die wir zu geraten drohen. (Sehr Beifall.)

× Hausminister Graf Wedel-Biesdorf: Im Auftrage meiner Freunde habe ich einige Bemerkungen über die Vorschläge zu machen. Die Verhandlungen über die Einführung einer Verfassung in Elsaß-Lothringen erfüllen uns mit lebhafter Besorgnis, weil wir der Ansicht sind, daß die Bewohner von Elsaß-Lothringen in ihrem Verhältnis zu Deutschland noch nicht so weit gereift sind, daß sie noch nicht völlig Deutsche geworden sind, daß man Elsaß-Lothringen ohne Vorwarnung zu einem mehr oder weniger selbständigen deutschen Bundesstaat machen kann. Der Sieg der deutschen Waffen ermöglicht es uns, die Reichsgrenzen wieder mit Deutschland zu vereinigen. Wir müssen das nun, teils um ein Mittel zu finden, das in früheren Jahrhunderten an Deutschland begehren war, teils auch, um uns zu sichern gegen einen unruhigen Nachbar. Aber man kann nicht verlangen, daß durch diese gewaltsame Zurückführung zu Deutschland das Gefühl der Elsaß-Lothringer für ihre neuen Vaterland nun gleich umschlagen sollte. Und um einen solchen Umschlag zu bewirken, scheint auch eine Periode von 40 Jahren, die bis jetzt vergangen ist, noch nicht lange genug zu sein. Ich glaube, daß ein solcher Umschlag gründlich erst eintreten wird, wenn die Elsaß-Lothringer Schulter an Schulter mit uns schwere Kriege und Kämpfe siegreich werden durchgeföhrt haben. Daß die Elsaß-Lothringer bis jetzt nicht dahin gelangt sind, sich als Deutsche zu fühlen, das beweist eine Reihe von Vorgängen, die sich in neuerer Zeit im Reichslande zugezogen haben. Das alte Elsaß, das Elsaß-Lothringen, ist nicht mehr ein Elsaß, wie es früher war, weil wir der Ansicht sind, daß dieses Elsaßrecht überhaupt eine Einschränkung ist, die den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie in einem Volke bestehen, nicht entspricht und die deshalb zu vermeiden ist. (Sehr Zustimmung.) Die verbundenen Regierungen behaupten, im Elsaß das allgemeine Recht nicht heruntersetzen zu können, weil schon jetzt geheimer Zeit alle Wahlen im Elsaß auf Grund dieses Wahlrechtes stattgefunden haben und man es daher der Bevölkerung nicht wieder entziehen könnte. Gleichwohl haben die verbundenen Regierungen verfehlt, eine Anzahl Bestimmungen in dieser Entwurf hineinzubringen, durch welche die Demokratisierung der Wahlen nach Möglichkeit hinten an zu halten sollten. Jeder ist ein Teil dieser Kautelen und Eiderungen wieder befreit worden. Die Verteilung von Bundesratsstimmen an das Reichsland ist an sich nicht von allzu großer praktischer Bedeutung. Nach der von Bismarck begründeten Tradition ist im Bundesrat überaus nicht nicht dieses Bestreben, das knappe Mehrheitsrecht geföhrt worden. (Sehr richtig!) Das Ausnahmefehl, das man gefunden hat, um diese Minderheit für Preußen nachteilige Gewährung von Bundesratsstimmen schmackhafter zu machen, findet unteren Beifall nicht. (Sehr richtig!) Die Stimmen sollen nur gezählt werden, wenn sie gegen Preußen abgegeben werden. (Hört, hört!) Das verleiht unter preussischer Ehregefühl. (Sehr richtig!) Denn auf Preußens Macht beruht das Deutsche Reich. (Sehr richtig!) Und deshalb können wir nicht leiden, daß Preußen (schlechter rangiert, wie die übrigen Bundesstaaten. (Sehr richtig!) Man muß natürlich abwarten, wie die Verhandlungen im Elsaß laufen werden, ehe man einen bestimmten Entschluß in dieser Richtung fassen kann. Ich fürchte aber, es wird im Plenum nicht besser werden, als in der Kommission, und wenn das der Fall sein sollte, dann gebe ich mich der Hoffnung hin, daß die verbundenen Regierungen zu der Überzeugung gelangen werden, daß es jetzt schon an der Zeit ist, Elsaß-Lothringen zu einem selbständigen Bundesstaat zu machen. (Beifall.) Hier ist die Entscheidung, diese Maßregel auf eine spätere glücklichere Zeit zu vertagen. (Beifall.) Die konfervative Partei bedeutet, sich in dieser Angelegenheit in Widerspruch mit dem sonst von mir höhergeschätzten Ministerpräsidenten setzen zu müssen. Ich möchte aber hervorheben, daß, wenn wir, was die konfervative Fraktion dieses hohen Hauses angeht, darin durchaus keine Abwendung von dem Ministerpräsidenten ausgesprochen sein soll. Als im Abgeordnetenhaus über die Elsaß-Lothringische Frage verhandelt worden war, erhob sich im liberalen Blätterwalde der Prof. Wedel, die Konfervativen gehen darauf aus,

den Reichstanzler zu führen. (Ich meine, bei diesem Aute war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. (Sehr richtig!) Die Liberalen hatten seit Jahr und Tag den Reichstanzler heilig angebetet, und es konnte ihnen ja nichts Erniedrigenderes begegnen, als wenn jetzt die Konfervativen es auf sich nehmen, für sie die Kautelen aus dem Feuer zu holen. Das ist nach meiner Überzeugung keineswegs die Pflicht der Konfervativen. Ich muß die Hoffnungen, welche in dieser Richtung in den liberalen Blättern ausgesprochen sind, auf das Bestimmteste zerstören, wenigstens einen Einfluß hat.

#### Minister des Innern v. Dölling:

Der Ministerpräsident ist leider aus Anlaß eines Trauerfalls in seiner Familie am Ergehen verhindert. Das ist im so sehr zu bedauern, als ihm dadurch die Möglichkeit genommen ist, die Entschlüsseungen zu begründen und zu vertreten, welche in der Frage der reichsständlichen Verfassung getroffen worden sind. Der Ministerpräsident hat, wie schon früher im Reichstage, so auch erst vor kurzem im Abgeordnetenhaus sich ganz ausführlich über diese Fragen ausgesprochen. Er hat darauf, daß die Gewährung einer Vertretung im Bundesrat an das Reichsland nicht nur im Interesse von Elsaß-Lothringen, sondern auch im Interesse des Reiches und aller seiner Glieder insofern gelegen sei, als durch die größere Autonomie, die den Reichsländern gewährt wird, insbesondere aber durch die Mitwirkung im Bundesrat die Garantie dafür gegeben ist, daß eine engere Angleichung von Elsaß-Lothringen an das gemeinliche deutsche Vaterland in wirtschaftlicher und politischer Beziehung dadurch ermöglicht werde, und daß besonders das Gefühl des inneren Zusammenhanges der Reichsländer mit Deutschland und ihrer unauflösbaren Verbindung mit dem Reiche dadurch geföhrt, gefördert und befestigt werden soll.

Elsaß-Lothringischer Staatsrat v. D. v. Koller: Ich befinde mich in einer gewissen schwierigen Situation. Doch ich bin eines preussischen Herz habe, wird wohl niemand be-

weisen, aber ich habe nebenbei auch ein recht warmes Herz für das Land, in dem ich meine Arbeit leisten an diesen Jahr verbracht habe. Ich bin demnach in einigen Punkten mit meinem politischen Freunde Wedel nicht überein, obwohl ich mit meinem preussischen Herzen ganz auf seiner Seite bin. Die beschäfftigende Regelung der Frage der Verteilung von Bundesratsstimmen hat in verschiedenen preussischen Herzeren anderen depressierenden Einbruch gegeben. Und warum? Weil die Stimmen nur gegen Preußen gelten sollen. Haben wir das verdient? Es wäre nicht so verlegend gewesen, wenn Preußen drei von seinen Stimmen an Elsaß-Lothringen abgetreten und gelagert hätte, wir können auch ohne diese drei Stimmen unsere Position im Bundesrat halten. Warum hat man es nicht so gemacht, wie seinerzeit bei der Gründung des Reiches, wo man einfach die neuen Stimmen zu den norddeutschen Stimmen hinzutrat? Warum hat man nicht drei neue Stimmen geschaffen und den Elsaß-Lothringern überlassen, zu wählen, wie sie wollen? Der Reichstanzler hat ganz recht, daß die Stimme der Elsaß-Lothringer kein Staatsfakt ist, weil die Elsaß-Lothringischen Stimmen niemals in wichtigen Fragen gegen Preußen abgegeben. Aber warum dann ich diese depressierende Bestimmung, daß sie nur gegen Preußen abgegeben werden dürfen? Diese Form ist verlegend. Wenn zu Gefallen hat denn die Reichsregierung überhaupt nachzugehen? Wegen der Elsaß-Lothringer? Keinesfalls, nur wegen der Parteien, die im Reichstage die Verteilung machen. Erst auf ihr Drängen hat die Reichsregierung erklärt: Nun ja, wir wollen ihnen die drei modifizierten Stimmen überweisen und das Reichsland damit zu einem quasi Bundesstaat machen. Wäre ich in der Kommission gewesen, so hätte ich darauf sofort erklärt, damit ich die ganze Situation verstanden. Die Elsaß-Lothringer reif sind, Stimmen im Bundesrat zu wählen, wenn sie die Geschichte des deutschen Reiches auch im Bundesrat vertreten lassen sollten, kann ich in das Reichsland auch teils, ich seine Verteilung selbst zu machen. Natürlich unter den Kautelen, die nötig sind, daß man sie im Reiche als vollwertigen Bundesstaat aufnehmen kann. Ob sie das fertig gebracht hätten, ob sie nicht gestoppt wären und also keine Verteilung zustande gekommen wäre, ist eine andere Sache. Wäre es ihnen nicht reif! Nun heißt es überall, ja, die Elsaß-Lothringer sind reif, aber die Konfervativen wollen nicht, daß das ein Bundesstaat wird. Herr von Wedel hat schon von unserem Standpunkt gesprochen. Ich möchte auf den Standpunkt hinweisen, den die konfervative Partei auch noch in 20, 30, 50 Jahren einnehmen muß. Der Fall muß einmal eintreten, daß Elsaß-Lothringen vollberechtigter Bundesstaat wird, denn wir können nicht jahrbüchereisend mit einem nicht fertigen Staatsgebilde auskommen.

× Professor Dr. König-Hall: Es liegen abnorme Verhältnisse vor, denn der verantwortliche Reichskanzler ist nicht hier, und der Verfassungsentwurf ist noch in der Reichstagskommission, ohne daß wir wissen, wie er vom Plenum geteilt wird. Jedenfalls hoffen wir, daß die Verfassungsreform zustande kommt. Den Anhängern des Herrn von Wedel über das allgemeine und gleiche Wahlrecht stimme ich nicht zu. Viele Mißstände in Preußen haben ihren Ursprung darin, daß die letzte Reform des preussischen Wahlrechtes nicht zustande gekommen ist. Das Reichsland hat das allgemeine gleiche Wahlrecht schon seit fünfzig Jahren, das kann man es ihm nicht mehr entziehen. Die Reichsregierung wird ja auch unter gewissen Kautelen daran festhalten. Ohne dieses Wahlrecht ist überhaupt keine Verfassungsreform möglich. Auch auf den drei Stimmen im Bundesrat will die Regierung bestehen. Ich sehe keinen Grund zu Befürchtungen für Preußen. Denn der Kaiser ernannt ja den Statthalter, der die Stimmen abgibt, er kann ihn auch jederzeit abberufen. Auch wir wollen Preußens Interessen schützen, denn die monarchische Gewalt in Preußen ist das feste Fundament Deutschlands. Ein Deutsches Reich ist nur möglich, wenn die Kaiserkrone mit der preussischen Königskrone verbunden ist. Ein Minister, der die Macht Preußens schwächen wollte, würde einen Verstoß am Vaterlande begehen. Dazu wäre auch kein preussischer Minister fähig. Es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Statthalter gegen Preußen stimmen würde, denn er ist ja nur der Bevollmächtigte des Kaisers. Die drei Stimmen sind also ohne jede praktische Bedeutung. Im Bundesrat kann überhaupt kein wichtiger Beschluß gegen Preußen geföhrt werden. Dafür ist durch Kautelen gesorgt. Nur einmal wurde Preußen überstimmt, als man als Sitz des Reichsgerichts Leipzig wählte. Die Reichsständliche Presse erhob natürlich ein großes Geschrei. Das ist aber nicht die wahre Meinung ruhiger denkender Männer. Das Reichsland muß aus den bisherigen unvollständigen embryonalen Zustände allmählich zu einem vollwertigen Bundesstaate übergeföhrt werden. Wie lange sollen die Elsaß-Lothringer noch warten? Wir hoffen, daß die Annahme des Verfassungsprojektes dazu beitragen wird, das Reichsland noch enger mit dem Reiche zu verbinden. (Beifall.)

× Graf Sponholz: Die Normalkommission Preußens darf nicht beinträchtigt werden. Im Westen Preußens besteht große Verunreinigung über die Stellung der Reichsregierung. Wir im Westen haben bereits empfindlich in nationalpolitischer Beziehung an zumbieren Elementen. Die Doeringenschaft der Herren Wetterer und Rosaryt bedeutet eine Gefahr. Wir müssen uns hüten, die Aktionsfreiheit unserer antinationalen Gegner noch zu erweitern. Möge das Scheitern der Vorlage uns vor einer weiteren Kompromittierung unserer preussischen Behörden bewahren.

× Prinz v. Schönau-Carolath dankt Herrn v. Köller für die Wärme seines Eintretens für die Elsaß-Lothringer. Elsaß-Lothringen erhebt den Ruf: „Los von Berlin!“ Nach vierzigjähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche glaubt es das Recht zu erlangen zu haben, über seine eigene Geschichte selbst zu beschließen. Der Reichstag hat nach der Vorlage nicht gedrängt. Die drei Bundesratsstimmen sind ein altes Fossil der Elsaß-Lothringer und die Statthalter haben es sehr schwer, der Reichstanzler hat Besitz einer außerordentlich geschickten und glücklichen Lösung gefunden. Preußen will seine führende Stellung zu behaupten wissen. (Sehr Beifall.)

Überörtlicher Dr. Wilms-Polen kehrt zu allgemeinen Betrachtungen zurück. In der Befolgsordnung darf mit Rücksicht auf die Kommunen nichts geändert werden. Die allgemeine Aussprache schließt. Es folgt die Einzelberatung.

#### Der Landwirtschaftsetat.

Graf v. Rosspoth bietet um Subvention für Rariofektroder, die von Guts- und Gemeinbesitzern gemeinsam errichtet werden. Minister Dr. v. Schotteler legt in Bezug auf die Rariofektroder Wohnwollen zu. Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Landwirtschaftsetat erledigt, ebenso die Etats der Domänen-, Forst- und Gutsverwaltung und der Anstaltungsminister. Donnerstag 1 Uhr Weiterberatung.

# Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung, Mittwoch, den 5. April 1911.

Am Ministertische: Kommissare, Präsident von Röderer eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

## Die Wahl des Abg. Ehlers (Breslau, Sp.).

Die Wahlsprüfungskommission beantragt, die Wahl für unzulässig zu erklären. Es sind von der Kommission eine Reihe von Wahlmännern abgelehnt worden, so daß der Zentrumskandidat des Abg. Ehlers schon im ersten Wahlgange die Mehrheit gehabt hätte.

Abg. Fischek (Sp.): Wertwürdige Vorgänge liegen vor. Ein Wahlprozeß ist überhaupt nicht eingegangen. Trotzdem sollte die Wahlsprüfungskommission hin und hing an, die Wahlen zu — ich möchte beinahe sagen — durchzuführen. (Oho-Rufe rechts.) Diese Methode ist nicht gerade recht würdig. Wenn man sich schon früher angewandt hätte, hätte der Vorgänger des Abg. Ehlers, Herr Fischek, sein Mandat zu Unrecht hier ausgeübt. Die anderen Breslauer Abgeordneten, die Konserativen Stroffer und Dr. Wagner wären nicht zu Recht gewählt. (Oho-Rufe rechts.) Der Redner beantragt Zurückverweisung der Sache an die Kommission.

Abg. Gottschall (ntl.): Die Beschlüsse der Kommission sind mit großer Mehrheit gefaßt worden. Der Redner hält für keine Person daran fest.

Abg. Stroffer (kon.): Ich habe mich gemindert, daß Herr Fischek den Mut gehabt hat, solche Angriffe gegen die Kommission zu richten. Dabei sind die Beschlüsse einstimmig gefaßt worden. (Hört! Hört!) Gegen den Vertreter der Volkspartei, Herr Schöner, hat für die Angeltigkeit gekämpft. (Beif. Hört! Hört!) Herr Fischek hat von „Durchschnittsfragen“ gesprochen. Warum soll ein eifriger Arbeiterkämpfer die Akten nicht durchforschen, besonders da nur eine ganz kleine Mehrheit vorlag? Wie war es denn zu der Zeit, als Herr Fischek noch in der Wahlsprüfungskommission lag? Damals wurde in der Person Herr Schwanasohn, als er nicht mehr Abgeordneter war, hier eingeführt (Hört! Hört!), so daß er die Vorgänge der Wahlen vier Wochen lang zu einem Wahlprozeß bearbeiten konnte. (Beif. Hört! Hört!) Unsere Breslauer Wahlen sind mit ganz anderen Mehrheiten zustande gekommen als z. B. die Berliner Wahlen. (Beif.) Erklären Sie doch diese für ungültig. Die Kommission hat mit großer Sorgfalt gearbeitet. (Beif.)

Abg. Lornou (Ztr.) verteidigt die Kommissionsbeschlüsse. Es ist nach aller Praxis vollständig korrekt verfahren worden. Unwahr ist es, daß die Herren Fischek, Stroffer und Wagner damals zu Unrecht gewählt worden sind. Es lagen große Mehrheiten vor.

Abg. Fischek (Sp.): Wir beanstanden prinzipiell, daß man, um Neuwahlen von Wahlmännern zu verhindern, noch auf die Wahlen von 1908 zurückzugehen ist. Es dürfen nicht von einer anderen Instanz für ungültig erklärte Wahlmännernachträge für gültig erklärt werden.

Der Antrag Fischek auf Zurückverweisung an die Kommission wird abgelehnt.

Abg. Stroffer (kon.): Es sind nicht nur freisinnige, sondern auch andere Stimmen für ungültig erklärt worden.

Ein Schlußantrag des Abg. v. Urmin-Jüdelom (kon.) wird abgelehnt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir können der Geschichte ruhig zusehen. Die ganze Sache beweist die Notwendigkeit, mit dem Wahl dieses Wahlsgebietes endlich einmal aufzuräumen.

Ein Antrag Fischek auf namentliche Abstimmung wird nicht genügend unterstützt.

Die Anträge der Kommission werden angenommen. Die Wahl des Abg. Ehlers ist also für ungültig erklärt.

## Petitionen.

Eingaben des Reichstagsverbandes für Frauen, u. a. um Abänderung der Bestimmungen über das Diensthöfentwesen, beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Abg. Meier (ntl.) fordert eine einheitliche Gesetzgebung für ganz Preußen. Verschiedene Bestimmungen, die unserem logischen Empfinden nicht mehr entsprechen, müssen ausgemerzt werden.

Abg. Dr. Dieckhoff (Soz.): Die Diensthöfe werden in einer Art Sklaverei gehalten. Sie sind von der Militär- für Dienstherren völlig abhängig. Die Baumen des grünen Herrn und der grünen Frau machen ihnen das Leben schwer. Die Folge dieser unwürdigen Ausbeutung ist die Dienstbotennot.

Der Kommissionsentwurf wird angenommen.

Abg. Delius (Sp.) beantragt, die Petition um Befreiung eines gelehrigen Christen über die Zusammenfassung der Gemeindevorstellung in Pöggorz der Regierung als Material zu überweisen.

Ein Regierungsvizevertreter erklärt, daß die Gemeinde ihre Angelegenheiten selbst regeln könne. Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition des Bundes deutscher Militärärztemänner fordert die Ausrichtung der Militärärztlichen Militärärztemänner auch bei den Kommunen, Versicherungsanstalten, für die Invalidenversicherung usw.

Die Kommission beantragt Überweisung als Material. Die Abg. Stroffer (kon.), Meier (ntl.), Delius (Sp.), Bartfischer (Ztr.), Hausmann (ntl.), treten für Berücksichtigung ein.

Ein Regierungsvizevertreter erhebt Bedenken. Die Regierung hat nach Lage der Sache keine Möglichkeit, die Städte zu zwingen, nach dieser Petition zu handeln. Es ist auch ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Jetzt schon werden in vielen Gemeinden immer weniger Militärärztemänner eingestellt. Man darf daher nicht einen weiteren Anzapf unter die Beamten werfen, und die Militärärztemänner besser stellen als die anderen Kommunalbeamten.

Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiehen.

Eine Petition der Fährereichsgenossenschaft in Rathenow fordert bessere Einrichtungen für die Fährereichsberechtigten.

Abg. v. Brandenburger (kon.) unterstützt diese Eingabe und fordert ganz besonderes Wohlwollen dafür.

Ein Regierungsvizevertreter erwidert, daß die Regierung sich mit der Frage beschäftigt hat. Die Fährer haben Gelegenheit erhalten, ihre Wünsche vorzubringen. Es ist sehr schwierig nachzugehen, ob ein Mitglied der Fährer auf fiskalische Maßnahmen zurückzuführen ist. Die Petition wird wohlwollend behandelt werden.

Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiehen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

8. Sitzung: Dienstag, 2. Mai, 12 Uhr: Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, Antrag Sommer (kon.) über die Wahlen und weitere Anträge.

# Deutsches Reich.

## Eine Kandidatur Posadowsky?

Einem nationalen Wahlauflauf, der sich in Chemnitz gebildet hat, ist ein Schreiben des Grafen Posadowsky zugegangen, in dem er mitteilt, daß er unter gewissen Voraussetzungen bereit sei, ihm angeboten, eine nationale Kandidatur für den Reichstag zu übernehmen.

## Die Wahlrechtspetitionen im anhaltischen Landtag.

Aus Dessau, 5. April, wird geschrieben: In der heutigen Sitzung fanden die freisinnigen und sozialdemokratischen Wahlrechts-Petitionen zur Beratung. Staatsminister v. Lauer gab folgende Erklärung ab:

In der Plenarsitzung vom 5. April 1910 habe ich bei der Beratung der Anträge und Petitionen betr. das anhaltische Wahlrecht die Erklärung abgegeben, daß die gegenwärtige Wahlperiode sich nicht ihrem Ende nähern solle, ohne daß die Landesvertretung mit einer Vorlage der Staatsregierung befaßt werde. Die gegenwärtige Wahlperiode läuft bis zum 14. November 1914; es stehen also die Tagungen der Jahre 1912, 1913 und 1914 noch bevor. Ich fühle deshalb keine Veranlassung, zu den jetzt vorliegenden Petitionen von neuem Stellung zu nehmen. Jede das Wahlrecht betreffende Vorlage — sie mag ausfallen wie sie will — ruft erfahrungsgemäß eine mehr oder weniger heftige Agitation, eine Verschärfung der politischen Gegensätze, eine Erregung des öffentlichen Lebens und eine Beunruhigung der Bevölkerung hervor. Diese Erregung und Beunruhigung will ich, so lange es irgend angeht und mit dem Inhalt der von mir gegebenen Erklärung vereinbar ist, von anderen Hände fern halten. Meine frühere Zusage wird dadurch nicht in Frage gestellt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete und die freisinnigen sprachen sich gegen die Hinauszögerung der Wahlrechtsvorlage aus. — Die Stellungnahme des anhaltischen Staatsministeriums mag für den Augenblick sehr bequem sein. Politisch flug ist sie gewiß nicht!

## Die französische Kriegsmedaille im Elsaß.

Aus Paris wird gemeldet: Eine Abordnung hatte mitgeteilt, der deutsche Staatssekretär von Riberlen-Wächter habe den Vorschlag gemacht, daß die deutsche Regierung die Verteilung der neuen französischen Kriegsmedaille in Elsaß-Lothringen nicht geschehen lasse.

Einige Zeitungen haben Erwidigungen im Pariser Auswärtigen Amte eingegangen, aus denen hervorgeht, daß tatsächlich eine Unterhaltung zwischen den Herren von Riberlen-Wächter und Cambon über die Kriegsmedaille stattgefunden. Nur hat, wie das „B.T.“ meldet, das Gespräch eine ganz andere Wendung genommen, als von jenem Blatte behauptet wurde. Der Staatssekretär von Riberlen-Wächter hat nicht nur nichts gegen die Verteilung der französischen Dekoration im Elsaß eingewendet, er hat sogar den Wunsch ausgedrückt, daß die Übermittlung dieser Erinnerungszeichen durch die deutschen Behörden erfolgen möge. Auf diese Weise ist ausgeschlossen, daß die Ausgabe dieser Kriegserinnerung im Elsaß von den Chauvinisten als antideutsche Kundgebung bezeichnet wird.

## Der Streit mit der portugiesischen Regierung.

Aus Berlin wird der „Magdeb. Ztg.“ geschrieben: Aus Lissabon wird gemeldet, die portugiesische Regierung wolle in der Streitfrage mit dem Auswärtigen Amte ein Schiedsgericht anrufen, jedoch ist hier davon nichts bekannt. Es muß auch als ganz ausgeschlossen betrachtet werden, daß sich der Staatssekretär v. Riberlen bei der Schlichtung seiner Stellungnahme im Reichstage zu dieser Angelegenheit auf ein Schiedsgericht einlassen könnte. Es handelt sich um ein Haus in Oporto, das ein preußischer Staatsangehöriger vor Jahren gekauft, unter seinem Namen in das Register (ähnlich unserem Grundbuch) eingetragen und den Ordensschwestern vom guten Hirt, zu denen auch einige deutsche Damen gehörten, überlassen hat. Nach der Aufhebung des Ordens beschlagnahmte die Regierung das Grundstück und verweigerte die Herausgabe an den rechtmäßigen Eigentümer, worauf sich dieser an das Berliner Auswärtige Amt wandte unter Vorlage des Kaufvertrages und sonstiger Dokumente. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes überlegte sich, daß es sich hier keineswegs um ein Scheingeschäft über eine Schiedsfrage handle, und erklärte den Rechtsanspruch des preußischen Staatsangehörigen für durchaus begründet. Trotz wiederholter Vorstellungen blieb die portugiesische Regierung bei ihrer Weigerung, obwohl es sich nicht einmal um ein Haus von besonderem Werte handelt. Zu welchen weiteren Schritten sich Herr von Riberlen entschließen wird, steht noch dahin. In unseren amtlichen Kreisen muntert man sich, daß die portugiesische Regierung es wegen einer verhältnismäßig so unbedeutenden Sache auf einen Konflikt ankommen läßt.

## Parlamentarisches.

Dem „Viegner Tagblatt“ wird aus Berlin gemeldet, die vom Senatorenrat beschlossene Verlesung des Reichstages werde nicht zur Ausführung kommen. Die verbündeten Regierungen hätten in der letzten Bundesratsitzung sich mit einem Vorhange des Reichstanzlers einverstanden erklärt, wonach die Reichstagswahlen für den Spätherbst 1911 vorzugehen sind. — Wir geben diese Meldung des „Viegner Tagblatt“ mit Vorbehalt wieder.

## Hof- und Personalnachrichten.

Prinz Friedrich Karl von Preußen, der zweite, am 8. April 1893 zu Klein-Fliecke geborene Sohn des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen aus dessen Ehe mit der Prinzessin Luise Sophie von Schleswig-Holstein, der Schwester der deutschen Kaiserin Auguste Viktoria, feiert Donnerstag seinen 18. Geburtstag und wird danach nach den Bestimmungen des preussischen Hausgesetzes präsumiert. Der Prinz wird als Leutnant im 1. Garderegiment zu Fuß geführt. — Die Konfirmation des dritten Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold, des im Jahre 1896 geborenen Prinzen Friedrich Leopold, fand Mittwoch vormittag in der kleinen Oper-Saalstraße auf Nikolski bei Potsdam statt. Die Einsegnung, zu der außer dem Prinzen und der

Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Eitel Friedrich, Prinz August Wilhelm und Prinz Joachim erschienen waren, wurde von Kaiser Wilhelm von der französisch-reformierten Gemeinde vollzogen.

General Galmis, bisher Kommandeur der 15. Division in Köln, ist als Nachfolger des Generals v. Schubert zum Inspector der 1. Division in Berlin ernannt worden. Sein Nachfolger ist General v. Bartenberg, bisher Inspektor der Infanteriebrigaden, Generalleutnant Schölin, bisher Kommandeur der 20. Infanteriebrigade in Koblenz, ist zum Kommandeur der 38. Division in Metz ernannt worden.

## Ausland.

### Die Leibgarde des Präsidenten.

Aus Paris wird gemeldet: Der Kaiserminister Berteaux ist auf den Einfall gekommen, die berühmten Hundsgarden, die die glänzende Garde der Napoleonischen Hofhaltung bildeten, wiederherzustellen. Die 100 Mann starke Garde der Pariser reisenden Garde sollen ausgewählt und, in eine besonders glänzende Uniform gekleidet, als hässliche Leibgarde des Präsidenten verwendet werden, ihn auf seinen amtlichen Reisen, Ausflügen und Besuchen begleiten. Seine Klagen eintragen, bei seinen Festen und Empfängen auf der Treppe des Elysee-Palastes aufgestellt werden usw. Es ist interessant, daß gerade ein Republikanist derartige Vorleser für höchsten Punkt an den Tag legt.

### Die Lage in Marokko.

„Ceclair“ schreibt über die Ereignisse in Marokko: Die französische Regierung scheint keine Hoffnung mehr zu haben, daß Sultan Saïd mit den Aufständischen fertig wird. Sie hat jetzt keinen Vorwand mehr, vor Maßnahmen zurückzuführen, die sie bisher niemals auszuführen wagte; denn jetzt der unheilvollen Initiative Deleffs bestand die Politik Frankreichs in der Marokkofrage lediglich darin, alles auf morgen zu verschieben. Jetzt gibt es keine Lösung mehr außer dem Verzicht, der eine Feigheit und der Ergebung, die ohne Zustimmung der Signatarmächte der Algecirasverträge eine Unvorsichtigkeit wäre. Wäre nun, da die Verträge bald erfüllt, nicht ein günstiger Anlaß, die ganze Angelegenheit noch neuem Auf Taped zu bringen und den goldenen Knoten durchzuhaufen? Es ist Zeit, offen zu sprechen.

Zur Lage wird gemeldet:

Cajablanca, 5. April. Ein Bataillon französischer Schützen ist zur Verstärkung nach dem Lager von Sandouk abgegangen. Ein Bataillon Kolonial-Infanterie wird in kurzer Zeit folgen.

Tanger, 5. April. Nach einer Meldung von Fez vom 1. April war die Lage zu diesem Zeitpunkt unverändert. Abteilungen von Berbern befrachten die Stadt.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 6. April.

### Generalmajor Voigt.

Der langjährige Kommandeur unseres 75. Artillerieregiments, der zurzeit in Allenstein Brigadekommandeur ist, tritt demnächst, wie uns aus Allenstein berichtet wird, in den Ruhestand.

### 3 1/2 Prozent.

Vom 1. April d. Js. ab gewährt die Sparkasse der Stadt Halle a. S. für Mündel-Sparanlagen durchweg 3 1/2 Prozent Zinsen jährlich.

## Ueber die Bedeutung des heiligen Abendmahls

für die Gegenwart wird die Männerversammlung Palmsonntag, den 9. April, abends 8 Uhr, im Gemeindehaus (Wendischstraße 27) verhandeln. Zum Nachdenken in Zustimmung und Widerspruch wird das angehen, was Herr Prof. v. Meißner in folgenden Sätzen aus dem Inhalt seiner einleitenden Worte mitteilt:

1. Es ist ein Irrtum, wenn man im heiligen Abendmahl gesamtgesellschaftliche, außeracht wirkende Kräfte vermutet. Die Evangelischen haben eine andere Auffassung als die katholische Kirche mit ihrer Vermandungslehre. Wir haben aber auch eine andere Auffassung von hl. Abendmahl als jene, die Luther gewöhnlich zugesprochen wird, und sprechen das aus, damit niemand wägne, zum würdigen Empfang des Sakraments sei Verbands- und Zustimmung zu Luthers Lehre von der Gegenwart des wahren Leibes und Blutes erforderlich. Dem gleichen Zwecke würde es dienen, wenn manche Kirchenlieder bei den öffentlichen Abendmahlfeiern nicht mehr gebraucht würden.

2. Das hl. Abendmahl ist in erster Linie ein Gedächtnismahl, dessen Ausübung Jesus den Seinen befohlen hat.

3. Das hl. Abendmahl ist ferner ein Bekenntnisakt vor Gott und vor den Menschen, welches wir Gott als Dank für seine Gnade schulden.

4. Das hl. Abendmahl ist aber auch die Feier der Zusammengehörigkeit der Teilnehmer mit Gott und der Teilnehmer untereinander, welche dem Einzelnen heilsam ist und zur Stärkung des Gemeinbewußtseins beiträgt.

5. Wer also den ersten Willen hat, ein Kind Gottes zu sein oder zu werden, hat die Pflicht, wenigstens einmal im Jahre am hl. Abendmahl teilzunehmen und sollte nicht warten, bis ihm danach „Hungert und dürstet“.

### Zusatz.

Dem Gerichtssekretär Oskar Rix: Halle, bisher in Nordhausen, wurde der Rgl. Kronenorden IV. Klasse verliehen.

## Frühjahrs-Kontrollversammlungen.

Die Frühjahrskontrollversammlungen 1911 im Landwehrbezirk Halle a. S. finden wie folgt statt:

Kontrollplatz Ammendorf (Gasthof zum Adler) für alle Jahrestafeln und Waffengattungen der Reserve, Land- und Seewacht. 1. Aufgebots und der Erfahrungszeit: Am 7. April 1911 vorm. 8 Uhr aus den Ortsteilen: Ammendorf, und Döndorf. Am 7. April 1911 vorm. 10 Uhr aus den Ortsteilen: Beesen a. S. und Rabewitz. Am 7. April 1911 mittags 12 Uhr aus den Ortsteilen: Buchholz, Burg a. S., Müllitz, Lohsen und W...

**Paketverke mit China (chinesische Post) über Sibirien.**

Von jetzt ab können Pakete im Gewicht bis 5 Kilogramm ohne Wertangabe und mit Wertangabe bis 800 Mk. nach allen an einer Eisenbahn- und Dampfschiffslinie liegenden Orten in China und Pakete ohne Wertangabe bis 3 Kilogramm nach allen übrigen Orten in China mit Aufschlag von Chinesisch-Luxuswaren, Tibet und der Mongolei außer auf dem Seewege auch über Sibirien versandt werden. Paket und Begleitadresse müssen den Leitvermerk „über Russland und Sibirien (russisches und deutsches Postamt)“ tragen. Die Pakete werden vom deutschen Postamt in Eisenfurt der chinesischen Post übergeben. Ueber die Beförderungsbedingungen ertheilt die Postanstalt Auskunft.

**Museumsführungen.**

Auf Anregung des Herrn Museumsdirektors Dr. Sauerlandt hat der Magistrat beschlossen, während der Ferien für die Lehrer und Lehrerinnen der hiesigen städtischen Schulanführungen zu veranstalten. Der erste Kursus im Museum in der Moritzburg soll in den Osterferien abgehalten werden.

Herr Dr. Sauerlandt rückt am Donnerstag, den 6. April, von 9-10 Uhr über: „Mittelalter und Frührenaissance“, am Freitag, den 7. April, von 9-10 Uhr über: „Sodrenaisance und Barock“ und am Sonnabend, den 8. April über: „Rufolo und Empire“.

**Lehrpersonalien.** Am 1. April wurden an den hiesigen Mittel- und Volksschulen angestellt: Rektor Kröner aus Bielefeld, als Rektor der Mittelschule in der Steinstraße, Mittelschullehrer Ritz als Rektor der Volksschule in der Droschkestraße, Lehrer Bonin als Mittelschullehrer, Lehrer Schlotter aus Effen als Zeichenlehrer an der Mittelschule, Lehrer Schlichter und Lehrer Vöhrmann als Hilfsschullehrer, Lehrer E. Förster als Vorbildungsschullehrer im Hauptamt, Lehrer Zentle und Schöke als Vorhufschullehrer, Lehrer Höfel, Lehrer Lillie, Lehrer Schirmer, Lehrer Häbde, Lehrer Vogelstein, Lehrer Schmidt, Lehrer Hoppe und Lehrer Rumpf als Lehrer an den Volksschulen und Fräulein von Holl in als technische Lehrerin an den Volksschulen. Ausgeschieden sind: Rektor Steger, der in den Ruhestand tritt, Zeichenlehrer Kob, der nach Dortmund ging, und Lehrer Steppan, der eine Lehrerstelle im Saale Teras übernehmen und dort Sprachstudien treiben will.

**Saalkloß, Beamer.** Beim gestrigen Konzert der Kapelle des Fü.-Reg. Nr. 36 unter Leitung ihres Dirigenten des Herrn Obermusikmeisters R. Fischer, in der Saalkloßbühnenhalle, fanden in dem Opern-, Operetten- und Wasserprogramm u. a. die drei preisgünstigen Konzerte aus dem Wettbewerb der „Wocher“ erstmalig in Halle zur Aufführung. Alle drei Wasserwischen liefen durch leichtfließende, unmittelbare die Inhabiter padende Melodien. Weniger kann man ihre Originalität rühmen, da sie sich teilweise stark an bestimmte Vorbilder anlehnen. In trass betontem Rhythmus kamen die „Preiswachen“ sein nianciert zum Vortrag und so fanden sie beim zahlreich erschienenen Publikum soviel Anklang, daß Herr Fischer sie da capo anstimmen ließ.

**Provinzial-Nachrichten.**

**Volkmar Kiemann †.**

**Nordhausen, 5. April.** Einer unserer angesehensten Mitbürger und Industriellen, Volkmar Kiemann, ist, wie die „Allg. Zig.“ meldet, gestern nachmittags nach längerem Leiden zur ewigen Ruhe gegangen. Anfangs der 70er Jahre trat Volkmar Kiemann in die mechanische Weberei von J. G. Kiemann als Mitinhaber ein, der er also 40 Jahre, und seit der Umwandlung der Fabrik in ein Aktienunternehmen im Jahre 1907 als Vorstandsmitglied angehörte. Lange Zeit war er Mitglied der Handelskammer und seit dem Tode des Stabältesten Schmidt deren stellvertretender Vorsitzender, auch war er lange Jahre Mitglied der städtischen Baukommission.

**Zu den Unterhaltungen des Bürgermeisters Pampel.**

(.) **Stolberg, 5. April.** Die städtische Sparkasse in Stolberg stellt uns mit: „Nach einer nochmals von der Aufsichtsbehörde vorgenommenen Revision ist festgestellt, daß die Einnahmen und der Reservefonds der Spar- und Stadtkasse völlig unbehindert vorhanden sind. Wenn Geldbewandlungen, wie behauptet wird, an die städtische Sparkasse abgehandelt wurden, so sind diese weder von ihr bestellt, noch sind sie in ihren Besitz gelangt. Alle ausgestellten Quittungen und Interzessionsurkunden sind gefälscht. Für solche strafbaren Handlungen haftet weder die Sparkasse noch die Stadt Stolberg. Die Spareinlagen bei der hiesigen Sparkasse sind daher in keiner Weise gefährdet.“

**Motorbootfahrt.**

**Rohlan, 4. April.** Dreiwintertag Motorbootfahrt am 22. Mai die hiesige Elbförde verlassen, die vom 18. Mai ab von Garmisch auf der Weßthaler befristet sind. Die Fahrt geht beim Weg der Weßthaler, Brandenburg, Wanksee nach Berlin, wo die Preisverteilung stattfindet. Wittenberg hat große Empfangsfestlichkeiten vorgesehen, da dort halt, Ausflug, Feste usw. geplant sind.

**Des Streites Ende.**

**11. Jeth, 5. April.** Wie die Streitleitung heute früh den Kinderwagenfabriken mitteilt, ist der Streit in der Kinderwagenbranche, an dem anfänglich 1200 Arbeiter beteiligt waren, als beendet anzusehen.

**Passendorf, 5. April.** (Gemeindevorstellung.) Freitag, den 7. d. abends 8 Uhr, findet im Gehöf zu den 3 Sälen eine öffentliche Sitzung der Gemeindeverwaltung statt.

**Seltfeld, 5. April.** Durch unvorzügliches Gantieren mit einer Schuchwaffe zog sich der Primaner Hohmann, Sohn des Rebalteurs Hohmann hier, eine lebensgefährliche Kopfverletzung zu.

**Oberöllingen am See, 3. April.** (Gemeindevorstellung.) Für die Errichtung des elektrischen Ortsnetzes und die Anlage des neuen Friedhofes sollen 15 000 Mk. für Neubau einer evangelischen Schule mit Lehrerwohnungen 40 000 Mk. bei der Provinzialkasse aufgenommen werden. Ertere Summe soll mit 10 Prozent in 12 Jahren, letztere mit 6 1/2 Prozent in 25 Jahren getilgt werden. Sodann wurde der Voranschlag für 1911/12 durchgesehen. Er sieht eine Einnahme und Ausgabe von 41 945 Mk. vor. Die Gemeindevorstellung beschloß, für das kommende Jahr 150 Prozent der Grund-, Gewerbe- und Staatssteuern 80 Kommunalabgaben zu erheben.

**Allen, 5. April.** (Streit.) Die hiesigen organisierten Arbeiter sind in den Ausland getreten, weil ihre

Lohnforderung (Erhöhung des Stundenlohns von 40 auf 43 Hg.) von den Unternehmern abgelehnt worden ist.

**Gera, 5. April.** (Das sozialdemokratische Präsidium.) In der heutigen ersten Sitzung des Gemeinderats im neuen Etatsjahr wählten die Sozialdemokraten, die eine Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat haben, das gesamte Präsidium aus sozialdemokratischen Mitgliedern. Die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder hatten überhaupt keine Vorschläge gemacht.

**Vermischtes.**

**Frost und Schnee — im April.**

Die plötzlich in Deutschland eingetretene Kälte ist sehr empfindlich aufgetreten. An exponierten Stellen zeigte in Berlin das Barometer sechs Grad unter Null; morgens liegt trotz Sonnenheims der Gradmesser nur wenig, so daß noch zwei bis drei Grad Kälte herrschen.

Auch aus anderen Städten werden Schneefälle und Nachfröste gemeldet.

Aus Efurt wird berichtet, daß seit zwei Tagen andauernde starke Fröste mit Schneefall in den Erfurter Eulmen- und Dichtgrünereien bedeutenden Schaden angerichtet haben. — Aus Lübeck wird telegraphisch: Hier tritt starker Schneefall ein, die Schneedecke liegt mehrere Zoll hoch. — Aus Köln meldet man: Im Rheinland zeigte bei heftigem Nordostwind eine sehr scharfe Kälte ein, die in Gärten und Fluren erheblichen Schaden anrichtete. Namentlich hat auf den Höhenlagen nach der sommerlichen Temperatur der verfloßenen Woche der Frost viel Schaden angerichtet. In einzelnen Punkten herrschte Mittwochs früh 8 Grad Kälte.

**Peft, 5. April.** Aus ganz Ungarn, Bosnien und der Herzegovina werden anhaltende orkanartige Stürme mit starkem Schneefall gemeldet. In vielen Gegenden hat der Frost großen Schaden an den Obstbäumen angerichtet.

**London, 5. April.** In London war während der Nacht reichlicher Schnee gefallen. Beim Morgengrauen war die Stadt mit einer starken weißen Decke bedeckt. Um 6 Uhr begann es von neuem heftig zu schneien.

**Zur Affäre des Rennfahrers Breuer.**

Die Aufschüßung der Hinrichtung des Rennfahrers Breuer hat der Verteidiger des Beurteilten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, in einem Inmediatgesuch an den Kaiser vorzulegen erbeten. Der Kaiser wird mit Rücksicht auf die ganze Sachlage gebeten, dem Urteil seinerseits die Zustimmung vorzulegen, da auf Grund neuer zahlreicher Beweismomente das Wiederaufnahmeverfahren beantragt wird. Es sind aus den Akten, die dem angeblich Ermordeten nahe standen, neuerdings Beweise angeboten worden, die wahrscheinlich machen, daß jener durch Selbstmord geendet hat. Breuer hat es abgelehnt, ein Gnadengesuch zu unterzeichnen.

**Der Riesenbrand in Konstantinopel.**

**4. April.** Konstantinopel wird noch gemeldet: Sabitli, von dem ein großer Teil dem Riesenbrand zum Opfer fiel, ist nach Pera nach westlich und größte Stadtviertel Konstantinopels. Das Feuer brach im Hause des reichen armenischen Kaufmanns Manukian, anscheinend schon in der Nacht, aus, wurde aber von niemand bemerkt, so daß die Feuerwehr viel zu spät alarmiert wurde. Zudem wehte ein heftiger Südwind, wie immer, seithe es an allen Rettungsgeräten und Löscheinrichtungen. Zum Entsetzen der Beteiligten flammten plötzlich da und dort ganze Häuserkomplexe auf, die oft nicht einmal direkt an den Hauptbrand grenzten. In zwei Stunden wurde das ganze Viertel zwischen dem Kanal Riza-Pachas und der katholischen Kirche zerstört. Alles in allem sind 300 Kanals, Villen, öffentliche Gebäude, Magazine und Büden verbrannt. Gegen 10 Uhr entstand ein neuer Feuerherd; im Viertel Hagah in Pera sah man mit einem Male die neue griechische Kirche aufstehen, deren beide Glockentürme nachig sichtbar sind. Am ersten war die Feuerwehr der Selimkaserne zur Stelle, die aber zu spät war, um erfolgreich eingreifen zu können, und der es auch an Wasser mangelte.

Der Schaden wird augenblicklich auf 5 Mill. Mt. geschätzt, dürfte aber viel größer sein. Vier Millionen leben sind dem Feuer zum Opfer gefallen, und mehrere Personen werden vermisst.

Die Katastrophe ist unübersehbar schrecklich. Mehrere Minister und Vertreter des Sultans begaben sich auf die Brandstätte. Die Lokaldampfer wurden gestoppt um aufgeregten Menschenmassen; hat doch fast jeder Bewohner Pera in Sabitli Verwandte oder Freunde. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde, wie er ihnen schon benennenden Kanal noch an einer anderen Gasse angezündet. Die Brandstätte selbst bietet ein grauenhaftes Bild der Verwüstung. Die meisten Kanals, aus Holz gebaut, brannten wie Zucker, die berühmte Marmorvilla des Marineministers Mahmud Mustfar gelang es zu retten.

**Eine ganze Familie vernichtet.** Seit dem 1. April ist eine ganze Familie aus Rirdorf vermisst. Es ist der 31 Jahre alte Spediteur Friedrich Wagner, der ein gutgehendes Geschäft betrieb, seine 30 Jahre alte Frau Klara geb. Butt und der einzige 10 Jahre alte Sohn. Die Leute wurden am Freitag vergangener Woche zum letzten Male gesehen und ließen dann Haus und Geschäft im Stich. Da beide hochgradig nervös sind, fürchtet man, daß sie mit ihrem Knaben irgendwo der Tod gelacht und gefunden haben.

**Verhaftung zweier Deuteure.** Eine überraschende Entdeckung machte die Kaiserliche Polizei. Es war ihr von der Militärbehörde gemeldet worden, daß der in Konstantinopel dienende, fahnenflüchtig geworden war. Man observierte infolgedessen die Wohnung der Eltern Bischoffs und es erschienen dort unerwartet zwei Beamte. Sie trafen den Gesuchten auch an. Zu ihrer Verhaftung konnten die Schutzleute noch einen zweiten Deuteure festnehmen. Es war dies der Grenadier Johann Callier. Beide waren gemeinsam aus der Kaserne entflohen. Als Grund ihrer Fahnenflucht gaben sie an, sie seien von ihren älteren Kameraden mit Mithandlungen bedroht worden, und um dieses zu entgehen, seien sie fahnenflüchtig geworden. Die beiden Deuteure wurden der Arresthaftung zugeführt.

**Anfall einer Berliner Motorjacht in Monaco.** Bei den Probefahrten zu dem am Mittwoch in Monaco begonnenen Motorbootrennen erlitt die Motorjacht „Blau VII“ des Besitzers Rudolph Hertog, Berlin, durch Kentern in schwerer See einen Anfall. Der Eigentümer, der sich an Bord befand, wurde wie die übrigen Insassen gerettet.

**Letzte Nachrichten.**

**Das deutsche Kronprinzenpaar in Rom.**

**Rom, 5. April.** Der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin sind heute nachmittag um 1 1/2 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Als die Kürassiereskorte sichtbar wurde, künsteten die Gloden der amerikanisch-protestantischen Kirche in der Via Nazionale. Die Volksmenge begrüßte den Kronprinzen und die Kronprinzessin, die sehr geliebt, mit lebhaften Händelstößen. Auch der vom Quirinal wurde eine Demonstration veranstaltet, worauf der Kronprinz und die Kronprinzessin zweimal auf dem Balkon erschienen.

**Verbrecher oder Geisteskranker?**

**Berlin, 5. April.** Der 28jährige Malergehilfe Richard Bennewitz hatte sich wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit gefährlichen Werkzeugen heute vor Gericht zu verantworten. Er soll wie der Kriminalkommissar Peters befunden, verschleierte Missetatente in den Straßen Berlins verübt haben, die im Jahre 1909 und 1910. Der Gerichtshof gab dem Antrag des Gerichtsarztes Dr. Hoffmann statt und überwies den Angeklagten zur schwebendendlichen Beobachtung seines Geisteszustandes einer Anstalt.

**Oesterreich und Italien.**

**Milano, 5. April.** In der Frage der wirtschaftlichen Bewandlung zwischen Oesterreich und Italien ist ein bedeutender Schritt vorwärts gemacht, indem der Präsident der hiesigen Handelskammer, der gleichzeitig an der Spitze der Vereinigung sämtlicher Handelskammern Italiens steht, an den Vorsitzenden der Wiener Handelskammer im Namen der genannten Vereinigung eine Einladung gerichtet hat, daß alle Handelskammern der habsburgischen Monarchie die Ausstellungen Roms und Turins besuchen mögen.

**Frankreich und seine Kolonien.**

**Paris, 5. April.** Die Kammer legte heute die Debatte über das Kolonialgesetz fort. Mehrere Redner erhoben Einspruch gegen die von Frankreich besetzte Kolonialz. B. im Wabagebiet. Der Minister gab Aufklärungen über das Vordringen der Franzosen im Wabate und erklärte, daß er dringende Telegraphie herstellen lasse, damit seine Intentionen schneller den Truppenführern zugeleitet werden können. Mehrere Redner befürworteten ein Protokoll über die eingeborenen muslimannischen Stämme.

**Verurteilter Spyon.**

**W. Moskau, 5. April.** Der Buchhändler Borager, der wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 12 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist, war in der Druckerei des Marineministers beschäftigt. Er lieferte Geheimakten an den englischen und österreichischen Staat aus.

**Boykott.**

**Athen, 5. April.** Aus Smyrna wird, eine Verhärterung des Boykotts gegen griechische Waren gemeldet. — Vor einigen Tagen haben bewaffnete Mitglieder des Boykottkomites in einem Dorfe bei Smyrna griechische Olivenpflanzungen mit Petroleum begossen und angezündet. An den Dardanellen steht der Boykott neu ein.

**Vermischte Drahtnachrichten.**

**Kaisersberg, 5. April.** In den nächsten Tagen wird eine Universitätsdeputation nach Berlin reisen, die das Diplom eines Ehrendoktors Kaiser Wilhelm übergeben wird.

**Rom, 5. April.** Der Papst wird die durch das Attentat des Versinigen notwendig gewordene Kreuzweihung der Peterstürze selbst vornehmen.

**London, 5. April.** Der Antrag von Lord Roberts zugunsten der allgemeinen Wehrpflicht wurde vom Oberhaus angenommen.

**London, 5. April.** In Tokio ist der neue englisch-japanische Handelsvertrag unterzeichnet worden.

**Petersburg, 5. April.** Die verantwortlichen Redakteure und mehrere Mitarbeiter von vier tatarischen Blättern zu Baku, bei denen Sausungen vorgenommen worden waren, wurden in Haft genommen. Man vermutet, daß diese Verhaftungen mit der panislamistischen Bewegung zusammenhängen.

**Newport, 5. April.** Die Lage in Mexiko ist noch immer unklar. Madero erklärte, daß Frieden ohne Abdankung Diaz nicht möglich ist. Corals Rücktritt als Konzeption ist zu spät erfolgt.

**Letztung: Wilhelm Georg.**

Verantwortlich für den polnischen Teil: Wilhelm Georg; für den isolaten Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel; Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten; Karl Meiner; Feuilleton, Vermischtes, Welt; Martin Feuchtmann; für den Inlandteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Hensel, Gmülich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten. —  
Herausgegeben von: Unterhaltungsblatt.





